

Kar! Heinz lobst scheitert mit Antrag

## Kreisräte gegen Analyse der Müllbeseitigung

Sogenanntes Benchmarking stößt bei Umweltausschuss auf Skepsis

Von Florian Tempel

Erding • Kreisrat Karl Heinz Jobst (**Freie** Wähler) war überzeugt, dass sein Antrag überzeugen müsste: Der Landkreis sollte an einem so genannten Benchmarking-Projekt für die Abfallbeseitigung im Landkreis teilnehmen, weil auf diese Weise die Kosten für die Müllbeseitigung um über eine Million Euro pro Jahr reduziert werden könnten. Die Verwaltung und die klare Mehrheit des Umweltausschusses des Kreistags wollten das nicht glauben und lehnte Jobsts Forderung ab.

Jobst hatte im Januar beantragt, dass sich der Landkreis an einem Benchmarking-Projekt beteiligen sollte. Beim Benchmarking handelt es sich, ganz allgemein, um eine vergleichende Analyse zu einem bestimmten Geschäftsbereich. Beim systematisierten Vergleich, wie anderer Landkreise ihre Müllentsorgung und Abfallverwertung organisierten, sei zu lernen, wer die "beste Praxis" anwenden, hieß es im Antrag von Jobst. Die Erfahrung ha-



*Karl Heinz Jobst setzte auf das angeblich enorme Einsparpotential durch Benchmarking. pba*

be gezeigt, dass "die durchschnittlichen Einsparungen allein durch Optimierung" bei zehn bis 15 Pro-

zent lägen. Da die Kosten für der Abfallwirtschaft im Landkreis Erding im Jahr 2009 bei 11,8 Millionen Euro lagen, errechnete Jobst ein konkretes Einsparpotential "von 1,2 bis 1,7 Millionen Euro". Somit könnten danach "die Abfallgebühren für den einzelnen Bürger oder Betrieb deutlich gesenkt werden". Die Kosten für die Teilnahme an einem Abfall-Benchmarking-Projekt fielen mit wenigen tausend Euro kaum ins Gewicht.

Die Abteilung Abfallwirtschaft im Landratsamt legte in einem mehrseitigen Bericht dar, dass ihrer Ansicht nach die Teilnahme an einem Benchmarking-Projekt sehr viel teurer als von Jobst angenommen werde und vor allem nichts bringe. Die Organisation der Müllbeseitigung sei von Landkreis zu Landkreis so unterschiedlich, dass eine systematische Analyse sehr aufwendig komme. Beim Landratsamt müsste eigens ein Mitarbeiter mit einer Halbtagsstelle angestellt werden, der sich um die Erhebung der Zahlen, Daten und Fakten kümmern müsste. Was 32 000 Euro im Jahr koste.

Vor allem verwies die Verwaltung jedoch darauf, dass das Müllbeseitigungssystem im Landkreis ausgefeilt und gut sei, was nicht zuletzt die Tatsache beweise, dass die Gebühren seit 18 Jahren stabil seien. Außerdem sei die tatsächliche Entsorgung an private Unternehmen vergeben. Der Wettbewerb in der Privatwirtschaft zwingt die Unternehmen alle möglichen Einspar-, Rationalisierungs- und Optimierungspotentiale auszuschnüpfen. Das von Jobst errechnete Kostensparpotential von über einer Millionen Euro sei deshalb "völlig unrealistisch".

Der stellvertretende Landrat Fritz Steinberger (SPD) sah es ebenso. Das System im Landkreis sei von der Bevölkerung sehr gut akzeptiert, denn es gebe kaum je Beschwerden oder Klagen. Hannelore Seeger (Grüne) sagte zudem "ich finde nicht, dass wir den Müll billiger machen sollten". Das Vermeiden von Müll müsse weiter das oberste Gebot sein, sagte auch Kreisrätin Ulla Diekmann (SPD). Nur Horst Schmidt (SPD) stimmte am Ende als einziger mit Jobst, der Rest war dagegen.